

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro
Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
3. Monat besonders angenommen; im
Schling-Vertrieb und Fernpost-Vertrieb
Kleinvertrieb auch auf den 1. Monat
des Quartals à 54 Pf.
Inserate
betz. Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf.,
betz. Privatangelegenheiten und Heft pr.
Zeile 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postämtern und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditoren.
New-York: Soc. - dem. - Gesellsch.
Vollst. - Druckerei, 104 Eldridge Str.
Philadelphia: E. Doh, 600 North
3rd Street.
J. Wall, 1129 Charlotte Str.
Dubuque N. A.: H. H. Sorgt, 215 Wash-
ington Str.
Chicago: H. Sauerbrunn, 74 Clybourne Ave.
San Francisco: H. Untz, 418 O'Farrell Str.
London W.: G. Denge, 8 New Str.
Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 91. Sonntag, 5. August. 1877.

Die Vorgänge in Amerika.

Den 1. August. Noch immer keine vollständige Klarheit — diese werden wir nicht vor Eintreffen der amerikanischen Zeitungsberichte, und namentlich der Berichte in unseren Parteiblättern erlangen — aber immerhin doch so viel Klarheit, daß wir sagen können, die Telegramme, mit welchen wir im Laufe der vorigen Woche überschwemmt wurden, haben, theils durch Entstellungen, theils durch Uebertreibungen ein vollkommen falsches Bild der Vorgänge in den Vereinigten Staaten gegeben. In wie weit hier die sprichwörtliche Gestaltenscheerei der Furcht, das geschäftsmäßige Haschen nach „sensationellem“ Neuigkeitsstoff und politische Verechnung thätig gewesen sind, läßt sich jetzt noch nicht beurtheilen und untersuchen. Denn wir sind getäuscht worden. Kein Zweifel, es sind ernste Ereignisse, die sich seit 14 Tagen in den Vereinigten Staaten abspielen, aber ein Aufstand ist es nicht (wir haben bedwegen auch unseren Titel verändert).

Unsere ursprüngliche Auffassung hat sich im wesentlichen als richtig erwiesen. Der Strike der Eisenbahnarbeiter bildete den Anlaß zu Demonstrationen der unbeschäftigten Arbeiter überhaupt, und die Konflikte, zu denen es leider an verschiedenen Orten kam, wurden vom Lumpenproletariat ausgenützt. Nirgends auch nur der leiseste Anhalt dafür, daß jene Konflikte im Plane der Arbeiter gelegen hätten. Nirgends auch nur der leiseste Anhalt dafür, daß Seitens der Arbeiter, welche den Strike und die Demonstrationen machten, ein Bruch der Landesgehe und Gewaltthätigkeiten geplant waren. Kurz es fehlen alle zu einem „Aufstand“ gehörigen Momente. Wie es kam, daß an verschiedenen Orten blutige Konflikte statt hatten, das läßt sich jetzt noch nicht mit genügender Sicherheit erkennen. Vollkommen gewiß aber ist, daß, wo Blut floß, die Arbeiter nicht die Angreifer gewesen sind. Der Umfang der Bewegung, ihre Ausbreitung über die meisten Staaten der Union kann Niemanden Wunder nehmen, der die Intensität und die allgemein verbreitenden Wirkungen der Krisis bedenkt, die nun bereits in's fünfte Jahr Handel und Industrie in Amerika lähmen. Der Nothstand unter der gesammten Arbeiterbevölkerung ist entsetzlich, und wenn Bourgeoisblätter behaupten, trotz der Lohnreduktionen der letzten Zeit seien die Löhne noch immer ganz stattdlich und hätten die Arbeiter keine Ursache zu klagen, so ist das entweder das alberne Geschwätz der Ignoranz oder eine perfide Tendenzlüge, denn nach amtlicher Statistik haben sich in den Jahren 1860 bis 1873 die Löhne zwar um 60 Prozent erhöht, sind dafür aber in der gleichen Zeit alle Lebensmittelpreise um durchschnittlich 92 Prozent gestiegen, so daß also der Arbeiter mit seinem erhöhten Lohn von 1873 nicht so viel Lebensmittel kaufen konnte wie mit dem niedrigeren Lohn von 1860. Und das Jahr 1873 war das der höchsten Löhne und das letzte der Prosperitätsperiode, der Krach brach herein, und mit ihm die Lohnreduktionen, ohne Reduktion der Lebensmittelpreise. Man sieht ein, es war eine Lebensfrage, es war „Kampf um's Dasein“, wenn sich die amerikanischen Arbeiter den Lohnreduktionen widersetzen. Allein diejenigen, welche die reduzierten Löhne, die Hungerlöhne beziehen, sind noch relativ gut daran. Hunderttausende von Arbeitern in Amerika — die Zahl läßt sich augenblicklich nicht feststellen — haben absolut keine Arbeit. Unter solchen Umständen erscheint der Strike der Eisenbahnarbeiter ebenso natürlich, als die massenhafte Beteiligung der übrigen Arbeiter an den Hungerdemonstrationen, die sich an diesen Strike geknüpft haben.

Was anfangs von communisistischen oder sozialistischen Hezereien gesagt wurde, hat die Bourgeoispresse selbst zurücknehmen müssen. Sie wäre damit wohl nicht so feil gewesen, hätte sie nicht zu fürchten, daß von anderer Seite Alles, was sie den Sozialisten in die Schuhe zu schieben suchte, mit Leichtigkeit und obendrein mit tausendmal mehr Recht den Gewerksvereinen aufgebauert werden könnte. Woran wir beiläufig nicht denken, weil wir in den offen zu Tag liegenden Verhältnissen die genügende Erklärung des Geschehenen finden und überzeugt sind, daß auch ohne den Gewerksverein der „Schienenmänner“ der Misereconflict zwischen Arbeit und Kapital erfolgt wäre.

Nur ein Nachlopf oder Polizeispiegel sucht in solchen Fällen nach geheimnißvollen, von dunkeln Hinterthüren aus die Menschen und Dinge lenkenden Verschwörern.

Im Ganzen lauten die neuesten Nachrichten aus Amerika ziemlich „beruhigend“. Außer der Megelei in Chicago, wo die Behörden, offenbar aus kindischer Angst vor dem „Rothem Gespenst“, wahre Bestialitäten verübt haben, wird kein ernsthafter Zusammenstoß gemeldet. Wohl aber sind zwischen den Eisenbahnarbeitern und den Eisenbahndirektionen Verhandlungen angeknüpft worden, die auf mehreren Bahnen schon zur Wiederaufnahme der Arbeit geführt haben. Dagegen erfahren wir, daß der Strike der Bergarbeiter in Pennsylvania sich mehr und mehr ausdehnt.

Ein sozialistisches Arbeitermeeting in Newyork war nach Telegrammen von 10,000 Personen besucht, es muß sonach eine imposante Demonstration gewesen sein. Daß Newyork bei der Gelegenheit nicht à la Thomas in die Luft gesprengt, nicht einmal mit Petroleum gesalbt und angezündet wurde, will verschiedenen alten Weibern beider Geschlechts gar nicht einleuchten.

2. August. Die Arbeiterbewegung nähert sich ihrem Ende. Ueber Zusammenstöße ist keine neuere Nachricht erfolgt; die Eisenbahnarbeiter haben auf den meisten Strecken ihre Arbeit wieder aufgenommen.

Wir haben übrigens den Bourgeoisblättern sehr unrecht gethan, wenn wir oben behaupteten, daß sie die Communisten für

den „Aufbruch“ nicht verantwortlich machen würden. Schon in der letzten Nummer in der sozial-politischen Uebersicht haben wir mitgeteilt, wie die Blätter der Bourgeoisie hegen, heute müssen wir nachtragen, daß weder Klugheit, noch Vernunft diesen Blättern Einhalt gebieten, durch infame Lügen den Klassenhaß weiter zu schüren.

Nochmals aber verweisen wir unsere Leser auf direkte Nachrichten unserer Parteigenossen in Nordamerika, denen wir in kürzester Zeit entgegensehen.

Ueber den „Strike“ in Nordamerika

geht uns von einem Parteigenossen, der jahrelang in der amerikanischen Arbeiterbewegung stand, folgendes Schreiben zu:
Dresden, den 31. Juli.

So weit man die neuesten Vorgänge in den Vereinigten Staaten schon jetzt beurtheilen kann, ist es klar, daß von einem planmäßigen Vorgehen, einer „geheimen Verschwörung“, wie es die Reptilienpresse darzulegen sucht, nicht die Rede sein kann. Würde dieses der Fall sein, und die Verschwörer hatten eine solche Stärke, wie sie in den stattgehabten Kämpfen gezeigt haben, so würde in den Vereinigten Staaten keine Macht im Stande sein, das Vorgehen der Arbeiter aufzuhalten, vorausgesetzt, daß dieselben von einer Idee, wie etwa der sozialistischen, befeuert wären.

Den Anlaß zu den Unruhen gab, wie ja auch der „Vorwärts“ bereits ansführte, der Strike oder richtiger Ausschluß der Eisenbahnarbeiter. Durch diesen Strike und die damit verbundene Einstellung von Arbeiten in verschiedenen Fabriken, die ihre Produkte nicht befördern konnten, wurde der Funke in's Pulverfaß geworfen; der Ränkehaß war genügend vorhanden, und der Brand loderte hoch auf.

Es ist unzweifelhaft, daß besonders die Erbitterung, welche unter den Kohlenarbeitern in Pennsylvania über die Ermordung ihrer Genossen (Molly Maguire) durch die Bourgeoisrichter herrscht, ein gutes Theil zu der großen Ausbreitung der Unruhen beigetragen hat. Nimmt man hierzu den Zustand, in welchem gerade die Kohlenarbeiter leben, welcher von der Sklaverei kaum zu unterscheiden ist, so kann es nicht wundern, wenn dieselben zu Gewaltthätigkeiten ihre Zuflucht nehmen.

Der pennsylvanische Kohlenarbeiter führt ein elendes Dasein; alle Arten der Ausbeutung, welche das auf die Spitze getriebene Bourgeoisregiment mit sich bringt, werden gegen ihn angewandt. Nicht genug, daß die Löhne herabgedrückt werden, wo nur immer möglich, nein, auf die perfideste Art wird er noch durch das Trucksystem, welches in den pennsylvanischen Bergwerken zur höchsten Ausbeutung gelangt ist, besonders ausgebeutet. Das Cottagesystem, durch welches der Arbeiter an die Scholle gebunden wird, gleich dem Leibeigenen des Mittelalters, ist in den Kohlenregionen Pennsylvaniens allgemein. Die Eisenbahngesellschaften, welche zu gleicher Zeit Besitzer der Kohlenbergwerke sind (nebenbei auch ein Erläuterungsgrund für die Beteiligung der Kohlenarbeiter an dem Strike der Eisenbahnarbeiter), haben den ganzen Grund und Boden der Kohlenregion für sich in Besitz genommen. Den Arbeitern werden Häuser (Cottages) gebaut, welche sie nach und nach abzubezahlen haben, und zwar so, daß ihnen von dem ohnehin kärglichen Lohne wöchentlich Abzüge gemacht werden. Im Besitz eines solchen Hauses ist der Arbeiter nicht im Stande, einen andern Arbeitgeber zu suchen, als gerade die Compagnie, welche dort, wo er sein Haus stehen hat, den Grund und Boden besitzt, der wohlweislich nicht mit verkauft wird.

Will nun der Arbeiter sein Haus, für das er jahrelang zahlte, nicht verlieren, so muß er seinen Arbeitgeber, den Kohlenbaronen, zu Willen sein, muß ihnen so billig arbeiten, wie diese es verlangen. Mit Thränen in den Augen sagte dem Schreiber dieses ein alter irändischer Kohlengräber, als ihm vorgestellt wurde, er solle doch, da er so sehr gedrückt würde, in die Stadt ziehen: „Ich kann nicht; jahrzehntelang habe ich mich um mein Haus geplagt, ich muß bleiben, und wenn ich hier verhungern sollte.“

Kein zweites Land der Welt ist so sehr von der herrschenden Krise ergriffen worden, hat so sehr unter derselben zu leiden gehabt, wie die Vereinigten Staaten. In allen Städten sind Tausende schon seit Jahren arbeitslos; Tausende ziehen im Lande umher, hier etwas verdienend, dort etwas erbettelnd, um so ihr kümmerliches Dasein zu fristen. Die von Stadt zu Stadt Wandernden (tramps) waren so zahlreich, daß in Rhode Island ein besonderes Gesetz erlassen wurde, nach welchem alle tramps in Arbeitshäuser gesteckt werden und für den Staat arbeiten sollten. Die Bourgeois Natur unseres modernen Staates verleugnete sich auch hier nicht. Es wurde die eingesperrte Arbeitskraft an Contractoren vergeben, die natürlich ein gutes Geschäft machten, da sie den Arbeitern außer dem Essen einen Lohn von — man höre — 25 Cents pro Woche gaben.

Alle diese Tausende von Arbeitslosen hofften seit Jahren schon darauf, daß es „losgehe“. Ohne sich klare Vorstellungen von dem „Wieder losgehen“ zu machen, trugen sie sich mit dem Gedanken, daß durch eine gewaltthätige Erhebung all ihr Elend und Unglück verschwinden werde. Dazu kommt noch, daß der amerikanische Arbeiter, besonders der in den großen Städten, glücklicherweise sich in seinen Bedürfnissen noch nicht so weit herunterdrücken ließ und auch niemals läßt, als seine Brüder in Deutschland. Er macht noch Ansprüche an's Leben; er verlangt täglich seine guten Wehlpfeifen, sein Fleisch, überhaupt eine gute, kräftige Kost. Die arbeitslose Zeit, für welche er naturgemäß und mit vollem Recht seinen Arbeitgeber verantwortlich macht, wurde daher um so mehr von ihm geipart.

Die Löhne betragen nur noch den dritten Theil dessen, was

vor dem Jahre 1873 gezahlt wurde. Wer damals 15 Dollars verdiente, bekommt jetzt 5—6 Dollars. Die Unzufriedenheit war daher allgemein, und nur zu erklärlich ist es, daß sich größere Massen den Strikenden anschlossen, daß die Unruhen allgemeiner wurden, besonders als durch die Schuld der Bourgeoisie das erste Blut geflossen war.

Für die sozialistische Bewegung in den Vereinigten Staaten werden diese Unruhen insoweit von Interesse sein, als dieselben die bis jetzt nichtpolitischen Gewerksvereine (Trades-Unions) auf politisches Gebiet treiben und so dem Sozialismus resp. Communismus in die Arme führen werden. Würden in Amerika die sozialistischen Ideen in solchem Maße verbreitet sein, als in Deutschland, so würde durch die gegenwärtige Bewegung der sozialistische Staat entstehen. Alle Vorbereitungen dazu sind in den Vereinigten Staaten vorhanden. Die kapitalistische Produktion ist so weit entwickelt, daß sich nur England noch mit Amerika gleichstellen kann. Ein Mittelstand existirt nicht, braucht also auch nicht erst zu Grunde zu gehen. Das Eigenthum ist stellenweise in ganz wenigen Händen concentrirt. Der Staat selbst besitzt noch ungeheure Ländereinkommen. Mit der Enteignung der vielen Aktiengesellschaften, Eisenbahnen, Bergwerks-, Del-Compagnien u. s. w. würde der weitaus größte Theil des Eigenthums in Händen des Staats sein. Die politischen Freiheiten sind vorhanden, die ökonomische Gleichheit würde bei etlicher so hohen Entwicklung der Produktion nicht lange auf sich warten lassen.

Einen sozialistischen Anstrich kann die Bewegung möglichenfalls annehmen in Chicago, St. Louis, Louisville und Cincinnati, theilweise auch in Newyork und San Francisco. Besonders in ersterer Stadt ist durch jahrelanges Agitiren durch Rede und Presse ein gutes Theil, besonders des deutschen Elements, sozialistischen Lehren zugänglich geworden. Wenn wir auch nicht hoffen, daß sich unsere Genossen an einem Kampfe betheiligen haben, der von vornherein aussichtslos war, so kann man manchmal mit dem besten Willen nicht zurückhalten, man wird gewissermaßen gewaltthätig hineingezogen, ohne daß man den Willen dazu gehabt.

Wir haben es hier mit einer Bewegung zu thun, die, der kapitalistischen Produktion ihre Entstehung verdankend, ein Vorpostengefecht eines größeren Kampfes ist, eines Kampfes, dessen Resultat die Vernichtung des modernen Staates, der modernen Produktionsweise sein wird. Entgegen man mir nicht, daß in den Vereinigten Staaten dieser Kampf nicht nötig sei, daß, weil Amerika alle politischen Freiheiten habe, es durch allmähliche Entwicklung in die sozialistische Gesellschaft übergeleitet werden könne. Die kapitalistische Produktion hat ein Element geschaffen, welches weder ein Klasseninteresse hat, noch sonst durch eine Idee zusammengehalten werden kann; es ist dieses das Lumpenproletariat. Dieses ist nirgends stärker ausgebildet, als in Amerika; und wir können überzeugt sein, daß die durch das Kabel gemeldeten Brandstiftungen und Morde, wenn überhaupt nicht erlogen, auf Rechnung dieses Elements zu sehen sind. Die amerikanische Bourgeoisie scheut nicht vor Blut zurück, und sie wird, wenn sie ihre Machtstellung, ihre Herrschaft gefährdet sieht, nicht davor zurückschrecken, dieses Lumpenproletariat zu kaufen und gegen die sozialistischen Arbeiter marschiren zu lassen. „Die Gewalt ist die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.“ Auch in Amerika wird sich dieses bewahrheiten.
H. Schlüter.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Ursachen der Verwilderung. Ein Staatsanwalt und ein Gerichtsdirektor in Ostpreußen haben im Laufe der letzten Jahre constatirt, daß die Rauflust und die Rohheit vielfach aus den Kriegen herrühre — ihnen ist auch nicht widersprochen worden. Jetzt taucht auf einmal ein Gerichtsdirektor in Gera auf und hält einen Vortrag in einem Verein — — — doch lassen wir die liberalen Zeitungsberichte sprechen:

„In der letzten Sitzung des Gewerksvereins zu Gera hielt Kreisgerichtsdirektor Hirt einen bedeutamen Vortrag über: „Die zunehmende Verwilderung unserer Jugend.“ Die Ursachen des Sinkens der Moralität im Allgemeinen fand er in der auf den größten Materialismus gerichteten Zeitströmung, in den Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie, in der allgemeinen Genußsucht, in dem Unmuth der minder Begünstigten gegen die besitzenden Klassen, in der Leugnung jeder göttlichen und menschlichen Ordnung.“

Das hätte Victor Böhmert oder auch Franz Dunder oder auch Pastor Hengstenberg oder Hegel Alles ebenjogut sagen können — das haben sie Alles schon gesagt, und der Herr Gerichtsdirektor hätte somit nur nachgeplaudert. Ueber die unbewiesenen Anklagen und Absurditäten deshalb kein Wort. Wir können auch nicht wissen, was auf Kosten des Gerichtsdirektors oder auf Kosten des liberalen Referenten kommt, denn hätte der Herr Gerichtsdirektor in Wirklichkeit derart beduirt, so bebauern wir alle Angeklagten, die mit ihm zu thun haben, er würde jedes vernünftige Argument mit seiner verzweifelten Logik todtschlagen können. Nur Folgendes zum Beweise: Der Herr Gerichtsdirektor hält unzweifelhaft „die Leugnung jeder göttlichen und menschlichen Ordnung“ für ein Zeichen großer Unmoralität, ja diese Leugnung selbst ist bei ihm Unmoralität und dennoch sagt er, sie sei die Ursache des Sinkens der Moralität; ebenso sind bei ihm ganz gewiß die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokraten unmoralisch, und nun sollen sie wieder die Ursachen der Unmoralität sein. So geht es wie Kraut und Rüben durcheinander; Ursachen, Wirkungen, Erscheinungen — Alles wird hübsch zusammengedrückt und dann den „gebildeten“ Zuhörern zum Genieken vorgelegt. O, armer politischer „Verbrecher“,

über den vielleicht einmal der gestrenge logische Herr Direktor zu Gericht ist, und wenn es gar ein Sozialdemokrat ist — dann wehe, wehe, wehe! Nicht allein ist die Sozialdemokratie die Unmoralität selbst, sondern sie ist auch noch die Mutter derselben — Tochter und Mutter zugleich, Welch' Scheusal!

— Zur Reichsjustizgesetznovelle wird die Fortschrittspartei in der nächsten Reichstagsession folgenden Antrag stellen: „Zum Referendar ernannt wird Derjenige, welcher das Abiturienten-Examen auf einem Gymnasium oder einer Realschule bestanden hat und in einer Prüfung darthut, daß er die für einen Referendar bestimmungsmäßig erforderlichen juristischen Kenntnisse hat.“

Auf einem Gymnasium oder einer Realschule werden bekanntlich gar keine juristischen Kenntnisse erworben. Deshalb nun diese Beschränkung? Natürlich, um für die Bourgeoisöhnen die juristische Karriere nach wie vor allein offen zu halten. Will man dies, so mag auch der dreijährige Besuch der Universitäten bleiben — entweder, oder! Entweder, das Referendariatsexamen wird nur an bestimmte Kenntnisse gebunden, damit jeder Fähige dasselbe machen kann, oder der Besuch der Universität bleibt beibehalten, damit von der Vergünstigung nur ein kleinerer Bruchtheil der Besitzenden getroffen wird. — Bei dieser Gelegenheit fällt uns ein, daß die Fortschrittspartei aus lauter „Demokraterei“ die Befugnis zum Einjährig-Freiwilligen-dienste ausdehnen möchte auf diejenigen Wohlhabenden, die sich selbst equipiren und beköstigen können, und welche nur eine „geringere“ Schule, als Gymnasium, Realschule erster Ordnung u. besucht haben. Auch hier sind wir anderer Meinung. Demokratie (nicht „demagogisch“!) ist das Verlangen, daß alle Militärpflichtigen die gleiche Zeit unter den Waffen stehen; ist aber schon eine Ausnahme vorhanden, wie in Deutschland bei dem Einjährig-Freiwilligen-System, so ist es mindestens für einen Demokraten (nicht „Demagogen“!) taftvoll, wenn er derartige Ausnahmen einer möglichst geringen Anzahl Staatsbürger zuwendet, besonders da dieselbe auch bei möglicher Erweiterung immer nur einem kleinen Bruchtheil der Bevölkerung zu Gute kommt.

— Charakteristisches Zeichen der Zeit. Der liberalen „Bonner Zeitung“ entnehmen wir Folgendes:

„Von der Sieg, 23. Juli. Die Geschäfte in unserem sonst so industriellen Siegtale beginnen auch nach und nach immer mehr bergab zu gehen. Einzig und allein flott gehen die Geschäfte auf der königl. Sechshofabrik und einigen chemischen Fabriken. Der Geschäftsgang auf den Militärpulverfabriken ist ausgezeichnet und können die Fabrikanten auf den Mühlen in Schladeren, Bissen, Hamm u. s. w. fast nicht alle die zahlreichen Bestellungen effektieren. Das Pulver geht per Bahn nach dem Kriegshauptquartier. Per Achse kommen auf der Siegener Chaussee fast täglich Fuhrn aus dem Dhünthal mit sogenanntem prismatischem Pulver, welches auf den oben bezeichneten Fabriken erst fertig gemacht wird. Da der Andrang von Leuten zur Pulverfabrikation wegen der Gefährlichkeit nicht sehr stark ist, so werden sehr hohe Löhne bezahlt.“

Bedürfen diese Worte eines weitschweifigen Commentars? Während Handel und Wandel durch den Gründerschwindel und die heutige planlose Produktionsweise lahm gelegt sind, blüht nach wie vor die Industrie für den Massenmord. Und trotz solcher unnatürlicher, haarsträubender Erscheinungen ist man noch unerschrocken genug, von „göttlicher Weltordnung“, von „Reichsherrlichkeit“ und von ähnlichen Bahnvorfstellungen, die nur in dem mäßigen Gehirn von Thoren existieren, zu sprechen? Sch.

— Ein kirchlicher Trost. In der vorigen Nummer haben wir die Notiz gebracht, daß auf einem Uebungsmarsch bei Potsdam am Hirschlag verschiedene Mannschaften verunglückt sind; in ihren Tornieren mußten die Soldaten 16pfündige Sandsäcke schleppen. Ein Füsilier ist verstorben, ein Katholik Namens Bügler. Der katholische Pfarrer Beyer hielt die Leichenrede und suchte die umstehenden Soldaten dadurch zu trösten, indem er sagte, sie sollten nur geduldig bei einer Uebung schwer tragen, Christus hätte ja auch sein Kreuz nach Golgatha schwer tragen müssen. — Wir können wirklich nicht sagen, ob dies Ernst oder Spott sein sollte — doch es kam aus eines Priesters Mund und wird deshalb wohl bitterer Ernst gewesen sein.

— Todtmarsch. Man schreibt uns unter'm 28. Juli aus Erfurt: „Auch wir in Erfurt haben Gelegenheit zu der Rubrik: „O, welche Luft u. s. w.“ einen Beitrag zu liefern. In den hiesigen Blättern stand am 26. d. s. eine Todesanzeige, durch

die der plötzliche Tod eines Soldaten Freigemuth angezeigt wurde. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Am vergangenen Dienstag fand bei der großen Dipe ein Uebungsmarsch des 71. Regiments statt, zu welchem Regiment besagter Freigemuth als Reserve-Unteroffizier eingezogen war, und ist derselbe in Folge der großen Dipe vom Schlage getroffen worden und so gleich gestorben. Seine alte Mutter hat die Leiche unter großem Jammer nach ihrem Heimathsorte abgeholt, um sie dort beerdigen zu lassen. Der Verstorbene war Referendar am hiesigen Kreisgericht. Außerdem sollen noch einige andere Soldaten in Folge dieser Anstrengung im Lazareth liegen.“ — So fordert der Militarismus alljährlich seine Opfer, und er wird so lange fordern und auch erhalten, so lange das Volk nicht einsieht, daß der Militarismus der bitterste Feind des Volkes ist.

— Harte Strafe! Wie unser Dresdener Parteiblatt erfährt, ist vom Kriegsgericht zu Dresden der Vicewachtmeister R. . . . des Gardereiter-Regiments, welcher durch seine brutale Behandlung der Untergebenen den vor einigen Wochen erfolgten Selbstmord des Gardisten Müller herbeigeführt haben soll, zu — man höre! — acht Wochen gelinden Arrest verurtheilt worden! Genannter Vicewachtmeister, der schon zweimal wegen schlechter Behandlung, resp. Mißhandlung Untergebener, das letzte Mal mit zwei Wochen ebenfalls gelindem Arrest bestraft wurde, soll erst vor kurzem wieder eine Säbelklinge an einem Gardisten zerhacken haben; auch habe er, wie uns versichert wird, den armen Gardisten Müller am Tage seines Selbstmordes eines kleinen am Steigbügel vorgefundenen Koststeden wegen derart mit einem Obergurt geschlagen, resp. von einem eigens dazu commandirten Gefreiten schlagen lassen, daß Müller blutete. Gerade dieser letzte Akt der Brutalität habe bei Müller das Raach voll gemacht und ihn unmittelbar in den Tod getrieben. Und dafür acht Wochen gelinden Arrest! Ein „Gemeiner“, der einen Vice-Wachtmeister nur „schief ansieht“, erhält schärfere Bestrafung.

— Aus Freiberg bringt unser Chemnitzer Parteiblatt folgenden Bericht: „Nothstand und überall Nothstand schallt der Schrei von einem Ende Deutschlands zum andern, und wenn der „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“, resp. Amtsblatt, noch so dreist leugnet, so ist doch auch hier die Noth bis auf die äußerste Spitze gestiegen, das beweisen schon die vielen Selbstmorde. Wir hatten, bei einer so geringen Einwohnerzahl, fünf Selbstmorde in einer Woche. Davon drei an einem Tage, und alle kamen sie im Arbeiterstande vor, mit Ausnahme des einen, welcher noch eine Folge des „Darlehensstraches“ war. Man möchte fast glauben, daß die Herren Bourgeois, da sie jetzt keine Freude an deutschem Kriegsgetümmel und an Bruderkämpfen auf dem Schlachtfelde haben, ihre Freude an den Erhängten und Ersäufen finden müßten, denn sonst wäre es ihnen unmöglich, diese colossale Noth, welche zu den Selbstmorden führt, so gänzlich hinwegzuleugnen. Man sollte sich überzeugen, in welcher Weise z. B. die Vergleute für ihr Nöthigstes sorgen. Des Nachts arbeiten sie auf der Grube und am Tage bieten sie ihre Kraft noch für ein Spottgeld aus, wobei sich die Angehörigen der besitzenden Klasse sehr wohl befinden.“

— Abgeblüht ist der österreichische Leffendorf, Graf Lamezan in Wien, bei seiner neuesten Razzia auf unsere dortigen Gefinnungsgenossen. Vorigen Freitag mußten sämtliche Verhafteten wegen Mangels eines strafbaren Thatbestandes in Freiheit gesetzt werden und ist jedes weitere Verfahren eingestellt. — Erwähnt mag noch werden, daß die österreichischen Arbeiter trotz der gegenwärtigen Nothlage ihre Opferwilligkeit wieder glänzend bewiesen haben, indem sie in wenigen Tagen an 400 Mark zur Unterstützung der Familien der Inhaftirten aufbrachten und auch ihre Parteiorgane, die momentan aller Beamten beraubt waren, über Wasser zu halten wußten.

— Pane o lavoro! (Brod und Arbeit!) So erscholl auch in dem schönen Florenz vor einigen Tagen der Ruf der hungernden Masse des Volkes. Die liberalen Zeitungen schreiben mit Genugthuung darüber, daß die „Ruhestörung“ sofort unterdrückt worden sei und daß 11 Verhaftungen vorgenommen wurden. „Ruhestörungen“ — gewiß, wenn der Ruf des hungernden Volkes an das Ohr des behäbigen Bourgeois schlägt, so wird er aus seiner Ruhe gestört; sie unterdrücken die „Ruhestörung“, der Bourgeois schmelzt weiter, das Volk hungert weiter. O, die beste der Welten!

— Der Gerant der „Lanterne“ zu Paris ist am 27. Juli

zu 5000 Francs Strafe verurtheilt worden, weil er unter dem Zeichen X...y Berichte von Henri Rochefort veröffentlicht habe.

— Aus Petersburg theilt man der „Berliner Fr. Presse“ eine Abschrift folgenden Altenlades mit: „Ministerium des Innern, Kanzlei des St. Petersburger Gouverneurs. Tisch 3, Nr. 20, 14. Juni 1877. Ganz geheim! An die Herren Jesrawniks; (Kreisshauptmann Landrath). Der Herr Minister des Innern theilt mir zur geeigneten Verfügung mit, daß einer der Gemeinderäthe unseres Kreises, indem er sich zur Aufgabe machte, in der ländlichen Bevölkerung das Interesse für die gegenwärtigen politischen Ereignisse zu erwecken durch Verbreitung von Zeitungen in den Dörfern zu sehr billigen Preisen oder gar umsonst, in Verbindung getreten ist mit mehreren Personen in Petersburg, die es übernommen haben, den erwähnten Gemeinderath mit Zeitungszahlungen, die in Redaktionen nach Verlauf übrig bleiben, zu versehen. Dabei ist zur Kenntniß gelangt, daß dieselben Personen sich auch an andere Gemeinderäthe mit der Bitte gewendet haben, sie für den angegebenen Zweck mit schon gelesten Zeitungszahlungen zu versehen. Dieser Fall bedarf daher einer genauen geheimen Erforschung, und es müssen Maßregeln getroffen werden, daß diejenigen Gemeinderäthe, bei denen dieser Gedanke einer Theilnahme begegnet hätte, nicht zugelassen werden, ein solches ihnen gar nicht zukommendes und durch die Gesetze nicht gewährtes Recht, sich um die politische Entwicklung des Volkes zu kümmern, sich anzueignen. Indem ich Mittheilung davon mache, verordne ich Euer Hochwohlgeboren sich zu bemühen, bei Auftauchen einer derartigen Absicht in dem Ihnen zugetheilten Regierungskreise, sich davon rechtzeitig und genau zu unterrichten, die Ausführung derselben zu hindern und von dem Vorfalle mich in Kenntniß zu setzen. (Bez.) J. B. des Gouverneurs: der Vice-Gouverneur Wolow. Kanzleidirektor: J. B. Rajewsky.“

Daß „Väterchen“, wie so viele andere Väter, seine Kinderchen in Dummheit zu erhalten trachtet, ist allzumal natürlich. Daß seine Helfershelfer aber nicht mehr „sicher“ sind, da bis tief in die Beamtenfreije die Unzufriedenheit gedrungen ist, das ist sehr günstig für „die politische Entwicklung“ im heiligen Rußland, und daß jenes Altenstück einem sozialistischen Blatte mitgetheilt worden ist, dies ist bezeichnender für die „politische Entwicklung“, als das Altenstück selbst gegen dieselbe.

— Die englische Regierung hat eine Reihe von Altenlades veröffentlicht lassen, welche die russische Kriegsführung als wahrhaft bestialisch hinstellen, und das Schlimmste bestätigen, was von den Türken behauptet worden war. Für uns, die wir das offizielle Rußland kennen, bedurfte es dieser Bestätigung freilich nicht. Und wenn wir der Sache hier erwähnen, so geschieht es wegen der hohen politischen Bedeutung, welche der Veröffentlichung beizulegen ist. Die Verstärkung der englischen Flotte und der englischen Besatzungen im Mittelmeer, die Flottendemonstration an der türkischen Küste — das waren bloß Beweise dafür, daß die englische Regierung sich auf gewisse Eventualitäten vorbereitete, aber es waren keine Akte der Feindseligkeit. Die Veröffentlichung dieser Altenlades, durch welche Rußland dem Haß und der Verachtung jedes anständigen Menschen überliefert und mit dem Brandmal schändlichster Barbarei versehen wird, ist ein Akt der Feindseligkeit. Es ist eine moralische Kriegserklärung — wann die politische Kriegserklärung nachfolgen wird, kann, falls die Russen nicht von den Türken allein über die Donau zurückgeworfen werden, nur eine Frage der Zeit, und nicht langer Zeit sein.

Auch in Oestreich nehmen die Mobilisierungsgerüchte eine immer festere Gestalt an. Wir sind an einen Wendepunkt angelangt; schon die nächsten Tage können uns militärische und politische Entscheidungen bringen.

Da die Niederlage der Russen bei Plewna nicht wegzuleugnen ist, so soll sie von der Rubelpresse wenigstens zu einer Großthat der russischen Armee aufgebaut werden. Kein Zweifel, die russischen Soldaten gingen tüchtig ins Feuer, aber kein Zweifel auch, daß sie sich den Türken, die in der Kinderzahl waren, nicht gewachsen zeigten. Die „Wossische Zeitung“ hat ganz recht, wenn sie, als Resultat der bisher gemachten Erfahrungen, sagt: „Wo die Kräfte gleich sind, werden die Russen regelmäßig geschlagen; sie siegen nur, wo sie mit doppelter oder dreifacher Uebermacht auftreten.“ Die militärische Tüchtigkeit der Türken ist, außer von unwissenden und unehrlichen Zeitungsschreibern, niemals bestritten worden, während die der Russen von jeder sehr großen Zweifel ausgeht war. Die englischen Soldaten, die 8000 Mann stark, in der Schlacht bei Inkermann (1854) von 40,000 angreifenden Russen fast 8000 tödteten (also

Das Alter der Ehemündigkeit

und das Verbot der Eheschließung ohne Erlaubniß der militärischen Vorgesetzten.

Ein praktischer Fall und verwandte Studien führten mich darauf, obige Punkte — von welchen die durch das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 eingeführte Festsetzung der Ehemündigkeit auf die Vollendung des 20. Lebensjahres für Männer und des 16. Lebensjahres für Frauen dem Volke wohl kaum noch recht zum Bewußtsein gekommen ist — einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

Dabei suchte ich die in dem Werke von Stölzel: Deutsches Eheschließungsrecht, mitgetheilten Angaben über das Alter der Ehemündigkeit in den europäischen Staaten nach Klaffen zu ordnen, und ergab sich daraus die nachfolgende — für vergleichende Rechtswissenschaft, Nationalcharakter, freiheitlichen Zustand u. s. w. gewiß höchst interessante — Uebersicht.

I. Niedriges Alter — ohne Dispens.

- a. Körperliche oder geistige Reife. Es entscheidet nämlich: die Geschlechtsreife in der Türkei, die Confirmation (constatirt religiöse Reife) in Norwegens außer-dänischem Rechtsgebiet. Auch für die Juden in Ungarn ist keine Altersgrenze anerkannt.
- b. Das niedrigste fixirte Alter (14 Jahre für Männer, 12 Jahre für Frauen) besteht für Griechenland, Portugal, Spanien (welches zugleich, wie nach canonischem Rechte, Neugungsfähigkeit erfordert), Großbritannien, Ungarn für die (römischen und griechischen) Katholiken. Hieran schließt sich Oesterreich an, welches für Mann und Frau 14 Jahre erfordert.
- c. Ein etwas höheres Alter besteht für: Kaukasien, nämlich 15 resp. 13 Jahre, die Ionischen Inseln, 16 resp. 14 Jahre, Lappland (russisches und schwedisches), 17 resp. 15 Jahre. Ohne Dispens?

II. Hohes Alter — mit Dispens.

- a. Viele Länder erfordern für die Ehemündigkeit ein Alter von 18 resp. 15 Jahren: Frankreich, Belgien, Italien, Rumänien, Ungarn für Protestanten. — Mit Dispens? Russisch-Finnland (mit Ausnahme von Lappland): für Landleute in der Armee oder mit fester Beschäftigung. — Mit Dispens? oder ein Alter von 18 resp. 16 Jahren: die Niederlande, Schweiz, Rußland (ohne Kaukasien und Finnland).
- a. Das höchste Alter (20 resp. 16 Jahre) erfordern: Norwegen im dänischen Rechtsgebiet, Dänemark, das deutsche Reich. Hieran schließen sich Schweden (außer Lappland) und (Mit Dispens?) Russisch-Finnland (außer Lappland) für die oben nicht genannten Personen an, mit der Abweichung: daß bei Männern 1 Jahr mehr, bei Frauen 1 Jahr weniger (also 21 resp. 15 Jahren) erfordert werden. Bezüglich der Dispens ist Folgendes hervorzuheben: Ob in den oben näher (Ohne Dispens? Mit Dispens?) bezeichneten Ländern Dispens ertheilt wird oder nicht, ist nicht bekannt. In den übrigen Ländern der hohen Altersstufe (d und e) findet Dispens durch das Landesoberhaupt statt, — mit folgenden Maßgaben:
 1. in Italien nur bei Männern über 14 und bei Frauen über 12 Jahre;
 2. in Rußland (ohne Kaukasien und Finnland) nur innerhalb der letzten 6 Monate, und zwar durch den Bischof;
 3. in Dänemark durch den Justizminister;
 4. im deutschen Reich durch das von der Landesregierung bestimmte Organ. Dies ist (Bergl. Hirschius, Reichsgesetz vom 6. Februar 1875, 2. Auflage, S. 102): a. der Landesherr in Baiern, Württemberg, Posen, Olden-

- burg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt, Neuh. ältere und jüngere Linie;
 - b. der Reichskanzler in Elsaß-Lothringen;
 - c. das Justizministerium in Preußen (auch im ehemaligen Herzogthum Lauenburg), Baden, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sonderhausen, Waldeck;
 - d. der Minister des Innern im Königreich Sachsen;
 - e. das Ministerium in Lippe;
 - f. die Landesregierung in Mecklenburg-Strelitz;
 - g. die Regierung in Schaumburg-Lippe;
 - h. der Senat in Lübeck, Bremen, Hamburg.
- Wir sehen also, daß Preußen und die übrigen Staaten des deutschen Reiches zu den wenigen Ländern Europas gehören, welche für die Ehemündigkeit das höchste Alter verlangen. Während das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 durch Festsetzung der Ehemündigkeit auf das vollendete 20. resp. 16. Lebensjahr für einige Gebiete des deutschen Reiches (Mecklenburg, Königreich Sachsen, Hamburg, Anhalt) ein geringeres Alter gegen früher erfordert, ist dasselbe für den größten Theil des Reiches erheblich erhöht worden. Hierzu kommt aber noch folgender Umstand. Im deutschen Reich beginnt die Militärpflicht mit dem ersten Januar des Kalenderjahres, in welchem der Wehrpflichtige das zwanzigste Lebensjahr vollendet, — also bevor er die Ehemündigkeit erreicht. Nun bedürfen aber die Militärpersonen des Friedensstandes nach § 40 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 zu ihrer Verheirathung der Genehmigung ihrer Vorgesetzten insbesondere (nach § 38 Art. 3) die Freiwilligen und die ausgehobenen Rekruten von dem Tage, mit welchem ihre Verpflegung durch die Militärverwaltung beginnt, Einjährig-Freiwillige von dem Zeitpunkte ihrer definitiven Einstellung in einen Truppentheil an, sämmtlich bis zum Ablauf des Tages ihrer Entlassung aus dem activen Dienste. Nach § 60 Nr. 4 bedürfen auch die in die Heimath heurlaubten Rekruten und Freiwilligen zur Verheirathung der Genehmigung der Militärbehörde. Die active Dienstzeit beträgt aber drei Jahre, wenn nicht etwa — was vielfach von dem Gutachten des Unteroffiziers oder Feldwebels abhängen wird — das dritte Jahr erlassen wird.

ungefähr jeder Engländer tödtete einen Russen), pflegten zu sagen: „Die Russen ließen sich abstechen wie die Schweine.“ Der russische Soldat gehörte blind, maschinenmäßig, marschirt auf Commando in den Tod, „steht wie eine Mauer“. Lehteres thut der Türke aber auch; und weil er (was freilich gegen die landläufige Vorstellung, allein nichtbedenkenwerthe Wahrheit ist) den russischen Soldaten durchschnittlich an Körperkraft und Selbstständigkeit weit übertrifft, findet er sich stets im Vortheil, wenn es zum Handgemenge, zum Kampf Mann gegen Mann kommt. Wie bei Plewna, so hat diese Ueberlegenheit der Türken sich bei allen Schlachten im jüngsten armenischen Feldzug gezeigt. Ueberall tritt die größere Kriegstüchtigkeit der türkischen Soldaten zu Tag. Wenn die Russen, um ihre dortigen Niederlagen zu beschönigen, von einer Uebermacht der Türken reden, so ist das eine Lüge, denn nach den amtlichen Angaben der Russen selbst, nicht ihrer eigenen ordres de bataille verfügten sie in diesem Feldzug über eine, um mindestens ein Drittel größere Armee als die Türken. Auf dem europäischen Kriegsschauplatz ist die Schlacht bei Plewna die erste große Aktion. Aus den vorliegenden, noch sehr unvollständigen Berichten erhellt, daß der Kampf zum Theil mit dem Bajonnett geführt wurde. Es liegt in der Natur der türkischen und russischen Soldaten, daß bei ihren Kämpfen das Bajonnett eine große Rolle spielt. Ein russischer Stabsarzt, der auch den deutsch-französischen Krieg mitgemacht hat, schrieb neulich, beim Donauübergang in den Kämpfen vor Sitowa seien mehr Bajonnettverwunden vorgekommen, als während des ganzen Krieges von 1870/71. Der betreffende Arzt hatte damals die russischen Ambulanzen unter sich, schrieb also nicht nach Hörensagen. Wenn man bedenkt, daß das, was in Bulgarien bisher geschah, bloß Vorspiel war, kann man sich einen annähernden Begriff davon machen, welches entsetzliche Blutvergießen auf dem Schlachtfeld uns noch bevorsteht — gleich der Massenniedermetzelung der friedlichen Einwohner — alles im Namen der Humanität und Civilisation.

Die Türken haben in den letzten Tagen Siege über Siege erfochten — dies steht jetzt unzweifelhaft fest. Die Montenegriner sind am 30. Juli bei einem Angriffe auf Niksic derart zurückgeschlagen worden, daß die Türkei, nachdem auch eine bosnische aufständische Truppe zerstreut worden ist, jetzt fast sämtliche Truppen von der Grenze Montenegro's zurückzieht und nach Bulgarien sendet. — Am 25. Juli griffen einige russische Regimenter in Kleinasien die Türken bei Wisnifan an, erlitten aber bedeutenden Verlust und zogen sich zurück.

Der Sieg Gurko's über Suleiman Pascha, der vor acht Tagen gemeldet wurde und der den Türken 2000 Gefangene und 10 Kanonen gekostet haben soll, entpuppt sich nicht allein als eine rumänische Geste, sondern das gerade Gegenteil ist der Fall gewesen. Die Russen haben bei Eski-saghra am 30. Juli ein entscheidendes Gefecht gegen Suleiman verloren, so daß ihre ganze Armee, welche südlich des Balkans stand und Adrianopel bedrohte, sich in den Balkan zurückgezogen hat und die Balkanpässe besetzt — dort steht es aber mit dem Fouragiren sehr schlecht und nachdem am 31. Juli Tirnowa von den Türken wiedergewonnen worden, ist jede Verbindung der russischen Balkanarmee mit der Hauptarmee abgebrochen — Gurko sitzt in den Balkanpässen wie ein Bär im Zwinger.

Osman Pascha hat die Russen, welche die Scharte bei Plewna wieder ausweken wollten und ihn mit Energie angriffen, in zwei bedeutenden Gefechten zurückgeworfen; gelingt es ihm, sich bei Plewna gegen den überlegenen Feind zu halten, so wird dadurch den Angriffen Mehemed Ali's auf die russische Hauptarmee bedeutender Vorstoß geleistet, wie ja die Einnahme von Tirnowa schon beweist. — Die Russen hatten einen Sieg über Gub Pascha am Donauflusse gemeldet — gleichfalls eine Geste, denn die Verbindung zwischen Schumla und Rustschuk ist seit einigen Tagen wieder frei, ein Beweis, wie schlecht es mit den Russen steht. Zum Ueberflusse wird noch gemeldet, daß Osman Pascha, nachdem er, wie oben erwähnt, zweimal die Russen zurückgeschlagen habe, selbst zum Angriff übergegangen sei und zwischen Plewna und Bulgarena den rechten Flügel der Russen in entscheidender Schlacht bis zur Vernichtung geschlagen habe — 6000 Tode und 15,000 Verwundete sollen die Russen verloren haben.

— Geschichte der sozialen Bewegung und des Sozialismus in Frankreich.*) Wir erfüllen hiermit endlich,

*) Geschichte der r. von Dr. Eugen Jäger. Erster Band. Frankreich bis zur großen Revolution. Berlin, Verlag von G. van Nuyden 1876. 510 Seiten.

Daraus ergibt sich nun das Resultat: daß die jungen Männer des deutschen Reiches regelmäßig vor fast vollendetem 23. Lebensjahr ohne staatliche Genehmigung nicht heirathen dürfen, trotz der Einwilligung der Eltern oder Vormundschaft.

Diese Genehmigung wird bis zum Eintritt in den Militärdienst vom Landesherren oder von den höchsten Behörden erteilt, meist aber auf das Gutachten der untersten Gerichte, die sich dabei wohl in der Regel auch auf die Ansicht der Polizeibeamten stützen werden. Nach dem Eintritt in den Militärdienst entscheidet der militärische Vorgesetzte, bei welcher Entscheidung die Ansicht des Unteroffiziers oder des Feldwebels wohl auch nicht ohne Bedeutung erscheinen wird.

Begründen diese Schranken einen angemessenen Zustand für das deutsche Volk? Wohl kein Einsichtiger wird dies bejahen können. Auf die Folgen hier einzugehen, würde zu weit führen. Es müßte insbesondere die Statistik nicht nur der unehelichen Geburten, sondern auch der kaum minder verderblichen unehelichen Erzeugungen herangezogen werden.

Wodurch sind diese Schranken in die deutsche Gesetzgebung hineingekommen?

Im Gebiete des Allgemeinen Landrechts galten früher 18 resp. 14 Jahre, unter der Herrschaft des französischen Rechts 18 resp. 15 Jahre, überall noch mit Dispensationsrecht.

Für ganz Preußen stellte das Gesetz vom 21. Dezember 1872 die Vollendung des 18. resp. 14. Jahres auf, ohne Gestattung von Dispens. Diese Normirung hatte auch die Reichsregierung in dem Entwurf des Reichs-Gesetzes festgehalten.

Wäre dieser Entwurf durchgegangen, so hätte der junge Mann doch wenigstens vom Beginne des 19. Lebensjahres an bis zum Eintritt in den Militärdienst heirathen können ohne behördliche Genehmigung.

Diese Entwurfsbestimmung der Reichsregierung war aber den sogenannten Liberalen zu liberal. Der altkatholische Professor v. Schulte und Genossen brachten einen Antrag ein, wonach die jetzigen Normen angenommen wurden, und es war somit für die erwähnte Zwischenzeit vom vollendetem 18. Lebensjahr bis zum Eintritt in den Militärdienst die Freiheit vom behördlichen Ermessen glücklich beseitigt.

Seltener Umstand, daß ein altkatholischer Professor — der

aber obendrein nur vorläufig — eine Pflicht, die wir schon eher hätten erfüllen sollen. Dr. Jäger, durch seine Schrift: „Der moderne Sozialismus“ der Mehrzahl unserer Leser bekannt, nennt sich selbst einen Conservativen und seine Anschauung läßt sich als christlich-soziale bezeichnen. Aber der Mann ist durch und durch ehrlich und von echt wissenschaftlichem Geiste befeelt. Seine Forschungen durchbrechen jeden Moment den Ring seiner Anschauungen, und nie verleugnete er die Wahrheit. Amica ecclesia, magis amica veritas. Die Kirche mit dem daran hängenden conservativen Staat steht ihm hoch, aber höher steht ihm die Wahrheit. Schon sein Buch über den Sozialismus gab Gelegenheit, uns hiervon zu überzeugen. Bei wesentlich gleichen Anschauungen ist Jäger weit bedeutender als Todt, dessen Opus: „Der radikale deutsche Sozialismus“ so viel besprochen wird, während die Jäger'schen Schriften planmäßig totgeschwiegen werden. Nun, was an uns liegt, soll, wenn auch verspätet, geschehen, um diesen Plan zu nichte zu machen.

Der erste Band der „Geschichte der sozialen Bewegung und des Sozialismus in Frankreich“ reicht bis zur französischen Revolution und enthält eine überraschende Fülle von Material, vieles davon dem, der nicht in die französischen Quellen hinabsteigen konnte, ganz neu, alles wohl geordnet, nirgends durch die „Tendenz“ entstellt. Die Parteilichkeit des Verfassers drängt sich uns nirgends auf; als Mann der Wissenschaft und Geschichtschreiber steht er „auf einer höheren Warte, als auf der Höhe der Partei“, und der Parteimann wird eigentlich nur aus sehr vereinzelten Bemerkungen kund, welche den Inhalt indeß niemals alteriren, geschweige denn fälschen.

Wir werden uns mit dem gediegenen Werk, welches zugleich eine sehr gute, wohl die beste vorhandene Einleitung zur Geschichte der französischen Revolution bildet, sobald unsere Zeit es erlaubt, eingehend beschäftigen. Nach dem Besagten haben wir nicht mehr nöthig, es zu empfehlen. Höchstens dem Schreier Treitschke und dessen „liberalen“ Mitstreikern, die daraus lernen mögen, wie man von gegnerischem Standpunkt über eine, der Neuzeit ihr Charakterzeichen aufdrückende Kultur-bewegung schreibt, wenn man den Geist der Wahrheit und der Wissenschaftlichkeit hat, und nicht ein ignoranter Flachkopf und literarischer Klopffechter im Dienst einer Clique ist, die vor allem das sacrificium intellectus — das Opfer des Intellekts von ihren Werkzeugen erheischt.

— Dr. Rüder. Wie wir hören, soll die seinerzeit an das sächsische Ministerium des Innern eingereichte Beschwerde gegen das Verbot der freiwilligen Geldsammlungen in Volksversammlungen durch Dr. Rüder in Leipzig für begründet erachtet und das Verbot aufgehoben worden sein. Herr Rüder hat es aber bis jetzt noch nicht über sich gewinnen können, den Beschwerdeführer von dem Entscheide in Kenntniß zu setzen — weil die Angelegenheit noch einmal in einer Plenarsitzung des Rathes verhandelt werden würde. Wenn sich die Sache wirklich so verhält, dann dürfte sich zu dem Geldsammlungsstaske noch ein gehöriger Küffel gesellen, denn eine ministerielle Verfügung bleibt eine ministerielle Verfügung und duldet keinen Widerspruch, am wenigsten von einem Rüder.

— Eine Berichtigung. Der Leitartikel in Nr. 88 des „Vorwärts“ enthielt in seinem letzten Theile mehrere falsche Angaben und eine statistische Ungeheuerlichkeit, zu deren Richtigstellung ich mich um so mehr berechtigt halte, als dieser Theil der Correspondenz nichts weiter ist, als die noch dazu ungenaue und fehlerhafte Abschrift eines von mir in Nr. 23 der „Demokratischen Zeitung“ vom 28. Januar 1872 veröffentlichten Artikels über die Armut in Berlin.

Die richtigen Angaben lauten bei mir: Es starben 1870 von 1000 Einwohnern

im 33. Polizei-Revier	18,79	Personen
„ 38. „	18,78	„
„ 2. „	19,63	„
„ 8. „	55,77	„
„ 43. „	57,35	„
„ 10. „	60,72	„

Ihr Correspondent, der von Statistik nichts zu verstehen scheint, läßt die gesperrt gedruckten Worte weg, schreibt statt 1870 „seit 1871“ und fügt dann den Satz hinzu: „Und dies Verhältniß hat sich bis dato nicht gebessert, ja in einzelnen Medizinal-Bezirken ist die Differenz noch größer als 42 Prozent!“ Der Herr glaubt also, daß jährlich von hundert Personen mehr als sechzig sterben können, während doch jedes Kind ein-

*) Wir werden in nächster Zeit eine Besprechung bringen. N. d. V.

für die Heiligkeit seiner Confession das freiwillige Joch und Opfer der Ehelosigkeit abschütteln will — allen jungen Männern des deutschen Reiches bis zur Vollendung des 20. Jahres und, wenn sie militärpflichtig sind, in der Regel bis fast zur Vollendung des 23. Jahres die Ehelosigkeit ohne staatliche Erlaubniß als gesetzliche Zwangspflicht aufzuerlegen beantragt und diesen Antrag in dem sogenannten liberalen Reichstag und bei dem Bundesrath durchsetzte!

Mögen die Männer, welchen die hohe Aufgabe zu Theil geworden ist, den Entwurf für ein deutsches Civilgesetzbuch auszuarbeiten, diesen Punkten eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und den Uebelstand zu beseitigen versuchen.

— Zum Kapitel der „freien Liebe“ und der Heiligkeit der Ehe in der heutigen Gesellschaft. Das „Alltonner Tageblatt“ enthält in seiner Nr. 144 vom 22. Juni mit seitgedruckten Letztern wörtlich folgendes Inserat: (Warnung.) „Ich warne hiermit das Dienstmädchen Christiana Rade aus Kale in Jütland, geboren den 17. Aug. 1867, sich nicht zu unterziehen, den Verlobungsring meines Mannes zu tragen, noch mit meinem Manne länger Arm in Arm auf der Straße zu gehen, überhaupt binnen acht Tagen unseren Habitusboden zu verlassen, da ich sonst andere Maßregeln zu ihrer Fortbringung ergreifen werde. Ich bin weber von meinem Manne geschieden, noch lasse ich mich von ihm scheiden. Ueberhaupt nimmt es sich doch fomsch an, daß mein Mann öffentlich mit einem 20jährigen Mädchen ausgeht, während unsere Tochter bereits 17 Jahre alt ist. Frau Clausen, Ehefrau des Viktor Clausen, Dompschagerbesitzer, Bergstr. 166.“ — Ein Damphäuserer gehört doch wohl zur Bourgeoisie; anßerdem hat bei den letzten Wahlen sich Herr Viktor Clausen um Interesse der Fortschrittspartei für die Wahl des Herrn Karsten sehr hervorgethan. Wir sagen: sehr heischend — wunderlich! — Die „Leipziger Volkszeitung“, welche obige Nachricht auch bringt, leitet dieselbe mit dem Ausruf: „Ach nicht über!“ ein — muß ihr also wohl sehr gefallen, das Späßchen von der „freien Liebe“.

— Das Blättchen der Leipziger Fortschrittspartei ist ärgerlich darüber, daß es die Sozialdemokraten zu Beschüßern der „freien Liebe“ letztlich wieder zu Stempeln verurtheilt, weil solches Begnügen von uns bestrast wurde. Der Fall Dunder ist noch nicht vergessen, die Statistik in den Bourgeoispartei in Bezug auf die „freie Liebe“ auch nicht gänzlich — und wenn die „Leipziger Volkszeitung“ immer noch den Fall Dunder „todtschweigend“, wenn ferner einer der Herren Redak-

teure ein „Buch vom Käsen“ für die Bourgeoisdichter liefert — im Falle dasselbe auch anständig ist, es fördern derartige Tändeleien immerhin die „freie Liebe“ — so ist solches Begnügen „ähnlicher“ dem Beschüßen der „freien Liebe“, als das erste Auftreten der Sozialdemokratie. Weiter haben wir nicht in unserer Noth gesagt und sagen wollen; fählt sich das Leipziger Dunderblättchen noch tiefer verlegt, so ist das seine Sache.

sehen muß, daß bei einer derartigen Sterblichkeit schon im 2. oder 3. Jahre kaum noch ein Mensch übrig sein könnte!

Auch die Tabelle über die vermehrte Sterblichkeit in Folge überfüllter Wohnungen ist falsch abgeschrieben; sie lautet richtig:

Es starb bei einer Einwohnerzahl von	24,1 und mehr	auf ein Haus	Einer von 27,46	Menschen
18,51 bis 24	„	„	Einer von 28,61	„
15,1 bis 18,50	„	„	Einer von 32,10	„
von 15 und weniger	„	„	Einer von 38,65	„

Ihr mir gänzlich unbekannter Correspondent wird bei seinen Zusammenstellungen gut thun, sich auf genaue Abschrift des Originals zu beschränken, da falsche Zahlenangaben in statistischen Mittheilungen die Statistik selbst in Mißkredit bringen müssen.

Berlin, den 31. Juli 1877. C. A. Schramm.

(Anmerkung der Redaktion: Wir bringen die Berichtigung unseres Parteigenossen Schramm um so lieber, da uns der betreffende Berliner Correspondent nicht näher bekannt ist — auf die Prüfung der Zahlen haben wir uns bei Aufnahme des Artikels nicht eingelassen, da die Tendenz des Artikels eine gute war. Wir konnten ferner nicht wissen, daß wir es mit einer theilweisen Abschrift aus der früheren „Demokratischen Zeitung“ zu thun hatten.)

— Sozialistenprozeß in München. Sonnabend, den 28. Juli wurde das Urtheil des Appellationsgerichts gegen 43 Münchener Genossen verhandelt, die sich gegen das Vereinsgesetz vergangen haben sollen dadurch, daß sie einen geschlossenen Verein fortgesetzt hätten. Nur drei der Angeklagten wurden freigesprochen. Verurtheilt wurden: 1) Bröbhl F., 2) Strauch R., 3) Gerstmaier R., 4) Gerstader, 5) Ernst Franz je 3 Monate 15 Tage; 6) Ernst Max, 9 Monat mit Einrechnung der sechsmonatlichen Haft, 7) Rottmanner, E. 2 Jahr 3 Monat, 8) Eichenlehr, 9) Englert, 10) Ellwanger, 11) Fuhr, 12) Gaffeldinger, 13) Heindl, 14) Hutterer, 15) Hofmann, 16) Huber, 17) Huber Jakob, 18) Jäger, 19) Jäger Conrad, 20) Kraus, 21) Kastenmüller, 22) Carl Johann, 23) Leinfelder, 24) Benzlofer, 25) Ruprecht, 26) Schloffer, 27) Steinberger, 28) Striner je 2 Monat; 29) Jung, 30) Kiefer A., 31) Dehme H., je 1 Monat 15 Tage; 32) Gröner, 33) Grüneberg, 34) Püttler, 35) Pöpl, 36) Münch, 37) Schmid, 38) Weindl je 1 Monat; 39) Pöth Joh., 2 Monat, 40) Weigl 2 Monat. Zusammen wurde also auf 101 Monat Gefängniß erkannt!

Was nun weiter? Eine Anzahl Sozialdemokraten ist zwar verurtheilt und wird auch ins Gefängniß wandern, aber die Sozialdemokratie ist geliebt und sie wird sein und bleiben, selbst wenn die Münchener Staatsanwaltschaft die Parforcejagd auf die Sozialdemokratie noch leidenschaftlicher fortsetzen sollte als es gegenwärtig geschieht.

Correspondenzen.

München, 22. Juli. Die prinzipiellen Auseinandersetzungen des „Vorwärts“ mit der „Frankfurter Zeitung“ über den Werth der Bourgeoisrepublik haben zur Folge gehabt, daß nun auch die sogenannte Volkspartei, auf deren linken Flügel die „Frankfurter Zeitung“ bekanntlich steht, sich der Frage bemächtigt hat. Es ist selbstredend, daß die „Volkspartei“ den Standpunkt des „Vorwärts“ nicht theilt. Sie ist republikanisch, soweit die Republik die Interessen der Bourgeois vertritt und unterstützt bis zu einem gewissen Grade auch die Forderungen der Sozialdemokratie; man mußte ihr aber bei Leibe nicht zu, sich für eine Republik zu erwärmen, in welcher nach sozialistischen Grundsätzen regiert wird. Die Staatsform mag noch so radikal zugestimmt sein, an dem Wesen des heutigen Staates, an der ökonomischen Interessenzersplitterung, an der Ausbeutung des einen Theiles des Volkes durch den andern darf nicht gerüttelt werden, sonst hört die Gemüthlichkeit auf. Und die Gemüthlichkeit hat jetzt wirklich aufgehört — und das ist gut. Denn offen gefanden, die Rücksichtnahme, welche unsere Presse gegen die „Volkspartei“ seither beobachtete, fing nachgerade an unheimlich zu werden, und auch unsere Agitation wurde nicht unweissentlich gehemmt — nur um des „lieben Friedens“ willen. Jetzt ist das plötzlich anders geworden — dem „Vorwärts“ unsern Dank dafür.

Was die „Volkspartei“ ferner thun wird, um sich über Wasser zu erhalten, weiß ich nicht und interessiert mich auch vorläufig nicht. Zur Stunde jedoch giebt sie sich die erdenklichste Mühe, um den Folgen vorzubeugen, welche eine rücksichtslose Aufklärung des Volks über ihren wahren Werth etwa haben könnte. So war zu Sonntag den 15. Juli nach Erlangen ein Delegirten-

teure ein „Buch vom Käsen“ für die Bourgeoisdichter liefert — im Falle dasselbe auch anständig ist, es fördern derartige Tändeleien immerhin die „freie Liebe“ — so ist solches Begnügen „ähnlicher“ dem Beschüßen der „freien Liebe“, als das erste Auftreten der Sozialdemokratie. Weiter haben wir nicht in unserer Noth gesagt und sagen wollen; fählt sich das Leipziger Dunderblättchen noch tiefer verlegt, so ist das seine Sache.

— Ueber den von uns immer vorausgesetzten Rückgang des Altkatholizismus bringt die „Frankfurter Zeitung“ folgende Zusammenstellung:

„Aus Baden kommen jetzt für den Altkatholizismus keine erfreulichen Nachrichten mehr. So hat dieser Tage der altkatholische Pfarrer Krüger von Epsenhofen ihm Valet gesagt, und die Katholiken wegen des ihnen gegebenen Kergernisses um Verzeihung gebeten. Ferner wird aus Freiburg berichtet, daß Professor Riehl wegen seiner Streitigkeiten mit dem altkatholischen Pfarrer Riets von Heidelberg, der dort den „Alt-katholischen Boten“ herausgibt, Baden wiederum verlassen will. Die neueste Nummer des „Deutschen Merkur“ enthält einen mit Namensunterschrift versehenen Brief von Riehl, in dem er sich bitter beklagt über das Verhalten des „Alt-katholischen Boten“, insbesondere über die Art und Weise, wie von Seite desselben die Agitation für unzeitige und unreife Reformen auch nach der Synode getrieben wird.“ Gegen den altkatholischen Pfarrer von Stühlingen ist auf Antrag seiner Gemeinde durch Bischof Reinens Untersuchung eingeleitet worden. Auch anderwärts steht es nicht grün. So wird der „Köln. Volkszeitung“ aus Düsseldorf geschrieben: „Wie bekannt, hatte der hiesige Diözesanpfarrer Dr. Kayser vor längerer Zeit durch Beziehungen zu Herrn Dr. Reinens und den „Alt-katholischen“ mannsfach Aufsehen erregt. Wir sind in der Lage, zuverlässig mittheilen zu können, daß Herr Dr. Kayser das gegebene Kergerniß lebhaft bedauert und den Beschlüssen des Vaticanischen Concils sich vollständig unterworfen hat.“ — Ferner wird aus Wiesbaden gemeldet: Nach dem „Rheinischen Boten“ erklärte Herr Pauls von hier vor einigen Tagen, daß er seine Namensunterschrift aus der Liste der Alt-katholiken zurückgezogen hat und der römisch-katholischen Kirche angehört. Inzwischen sind wiederum drei andere Mitglieder der hiesigen altkatholischen Gemeinde zur katholischen Kirche zurückgekehrt. — Endlich aus Köln: In der neuesten Nummer des „Deutschen Merkur“ wird offiziell mitgeteilt, daß Herr Pfaffrath seine Stelle als Kaplan der altkatholischen Gemeinde niedergelegt habe. Hier gehen sonderbare Gerüchte um. Nach dem einen soll Herr Langemann sich auf einer Reise nach Rom befinden; nach einem anderen Gerüchte soll Herr Ritter von Schulte über den Anstalt der Alt-katholiken an die Union in Berlin Unterhandlungen führen.“

der „Volkspartei“ berufen, an welchem aus verschiedenen Ortschaften 60 Delegirte theilnahmen. Unserm hiesigen Parteiorgan, dem „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“, ist über diesen Delegirten ein Bericht zugegangen, aus welchem ersichtlich ist, daß dort nicht alles so glatt abgegangen ist, als es die „Macher“ der „Volkspartei“ gern gewünscht hätten. In ein gewisser Häberlein erklärte sogar rundheraus, er für seine Person stehe voll und ganz auf dem Standpunkte der Sozialdemokratie, und es würde ihm die größte Freude bereiten, wenn sobald wie möglich eine Vereinigung der beiden Parteien stattfände. Das war deutlich gesprochen, fand aber die Zustimmung verschiedener anderer Redner nicht, die von einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie gar nichts wissen wollten, und nur im äußersten Nothfalle und wenn es absolut sein müßte, höchstens einen Compromiß zulassen wollten. Schließlich einigte man sich und nahm folgende Resolution an:

„Die heute tagende Versammlung erklärt, an dem Programm der Volkspartei festzuhalten, und sich solange gegenüber allen anderen Parteien nach Erforderniß consequent zu verhalten, bis von Seite des Landesauschusses, dem das Programm zur Revision unterbreitet werden soll, Erweiterungen und Ergänzungen des Programms festgestellt sind.“

Ueber den Verlauf der Versammlung läßt sich der Berichterstatter des „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“ folgendermaßen äußern: „Es zeigte sich, daß hauptsächlich die Führer der Volkspartei diejenigen sind, welche sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine Vereinigung der beiden Parteien stemmen.“ — Das wird dem Berichterstatter Jeder auf's Wort glauben, denn ein Bourgeois — und das sind die Führer der „Volkspartei“ alle — kann nie unter dem Banner der Sozialdemokratie marschiren. Darauf kommt es aber auch gar nicht an. Worauf es uns ankommen muß ist, daß die hinter diesen Führern einherlaufenden Arbeiter, Bauern und Kleinbürger überzeugt werden, daß es nur eine wahre Volkspartei giebt — die Sozialdemokratie. Und hierzu haben die Artikel des „Vorwärts“, „Nieder mit der Republik“ und „Die Rothen wider die Blauen“ nicht wenig beigetragen.

M. Harnberger. Der Kampf zwischen dem „Vorwärts“ und der „Frankfurterin“ hat auch dem „Nürnberg-Anzeiger“ Muth gemacht, seinem langgeährten Groll gegen die Sozialdemokratie, speziell gegen den „Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat“, Luft zu machen. Der „Nürnberg-Anz.“, dieser echte Ritter von der Mancha, hat seine alte Rosinanz gefaltet und gezäumt, seine alten verrosteten und stumpf gewordenen Sporen an die Fäße geschnallt und stürmt mit eingeleger Lanze muthig gegen seinen Gegner los, der ihm die Ehre schenkt, ihn zu beachten. Armer Teufel, was wird dein Loos sein? Höchstens wird es dir gehen genau wie deiner Vorgängerin.

Bekanntlich — oder besser gesagt, höchst unbekanntlich, denn wer weiß auswärts etwas davon — existirt hier seit einer Reihe von Jahren ein harmloser Klub, der sich einst bei momentaner Geistesabwesenheit in einer unbewachten Stunde den pomphaften Namen „Volkverein“ beilegte und sich von da an für einen Theil der „deutschen Volkspartei“ hält. In wahrhaft idyllische Zustände versunken, wußte dieser Klub zu allen Zeiten sich fern zu halten von jeder radikalen politischen Anstrengung. Nach circa 10 Jahre langer, höchst intensiver und thätiger Agitation war es ihm gelungen, bei seinen Sitzungen die imposante Zahl von 12 zu erreichen, und in freudiger Aufregung über so riesigen Erfolg nannte man sich von Stunde an: die 12 Apostel. Die niedrigen Sozialdemokraten waren zwar der Ansicht, daß diese riesige Ausbreitung nur herzuweisen sei von den vielen versuchten Coalitionen mit allen möglichen Elementen: mit Conservativen, Reactionären und Ultramontanen, doch war diese Ansicht nicht zu beweisen, da die verschiedenen Coalitionen des Nürnberg-Volkvereins immer nur zu speziellen Zwecken gemacht wurden. Ad hoc nannten sie's. Die Vorbeere, die die blaue Frankfurterin sich in ihrem Kampfe gegen die „Rothen“ erwarb, ließen die Nürnberg-Blauen 12 Apostel nicht mehr schlafen. Auch wir müssen vorgehen gegen die „Rothen“, verständigten sie sich untereinander, und ad hoc schloß sich ihnen der berühmte Dr. Landmann in Fürth, „das größte lebende parlamentarische Genie“, wie er von einem gewissen Jemand gern bezeichnet wird, an. Ad hoc arrangirte man eine Parteibesprechung nach Erlangen, um Stellung gegen die „Rothen“ zu nehmen. Der günstige Augenblick, auch auswärtige Parteimitglieder im Kampfe gegen Sozialisten zu finden, durfte ja nicht verpaßt werden. Der Redakteur des „Nürnberg-Anz.“ hatte das Referat übernommen und war in kleinlicher Weise gegen die Sozialisten Löwenstein und Grillenberg persönlich geworden. Schließliches Resultat der Besprechung war der Beschluß, ein Strohflecken anzuzünden und dasselbe so lange brennen zu lassen, bis der jeweilige Vorrath von Stroh verbrannt sei. Das heißt, in's Volksparteiliche übersetzt, in Zukunft energisch und selbstständig in die Bahlagitation als selbstständige Partei mit eigenen Candidaten einzutreten. Kampf! Kampf! Kampf! war der endgiltige Beschluß. — Kampf! dazu sollte sofort Rath werden. Unter den Mitgliedern des Volkvereins ist auch ein Nürnberg-er Spezereihändler Namens Pröbster, zugleich Magistratsrath hiesiger Stadt. In politischer Beziehung Reactionär vom reinsten Wasser und inconsequent, haßt dieser Rüdchritter Alles, was wahrhaft demokratisch und freisinnig ist. Trotzdem liebt er es doch, dann und wann demokratische Gesinnung zur Schau zu tragen. Wie weit indeß diese demokratische Gesinnung dieses Mitglieds des Nürnberg-Volkvereins her ist, beweist die Thatsache, daß Herr Pröbster selber für den Sedanstrubel mitbewilligte, überhaupt im Magistrat bei allen reactionären Maßregeln mithilft. Ferner hat Herr Pröbster bei der Stichwahl zum Reichstag ein Pamphlet gegen die Sozialdemokratie mit unterschrieben, worin dieses die bekannten, zu hundert Malen widerlegten Vorwürfe betreffs der Ehe, Sittlichkeit, Moral, Eigenthum u. s. f. wieder aufwarf. Aus der Mitte des Volkvereins heraus wurde nun vor Kurzem der Antrag gestellt, Herrn Pröbster wegen seiner undemokratischen Gesinnung auszuschließen, dieser Antrag wurde jedoch wieder zurückgezogen, da, wie der „Nürnberg-Anz.“ angiebt, die Statuten des Volkvereins keinen Paragraphen enthalten, wonach ein Mitglied wegen solcher „schwerer Fehler“, in „schwacher Stunde“ begangen, ausgeschlossen werden könnte! Der „Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat“, dem davon Mittheilung gemacht war, hatte den nicht vollzogenen Ausschluß des genannten Reactionärs aus dem demokratisch sein wollenden Volkverein mit vollkommener Verachtung einen Spektakel genannt. Dies und verschiedene Bemerkungen des „Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat“ über die Einladung zur oben erwähnten Erlanger Versammlung und über diese selbst brachten den „Nürnberg-Anz.“ demmaßen in Harnisch, daß er eine heftige Polemik gegen die Ausdrücke des „Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat“ begann, welche nur die Folge hatte, die undemokratische Gesinnung derer, die vorgeben, in Nürnberg die „reine“ Demokratie zu repräsentiren, klarzulegen. Mehr hätte sich der „Nürnberg-Anz.“ nicht klammern können, als er dies durch den Kampf, den er gegen die „Rothen“ in einigen Artikeln, betreibt: Die Blauen und die Rothen (Referat über die

Erlanger Versammlung) sowie durch die eingeleitete Polemik gegen das sozialistische Nürnberg-Blatt gethan. Es dürfte zu weit führen, Ihnen des Ausführlichen über die Inconsequenzen, falschen Angaben und verkehrten Beschuldigungen, sowie die gemeine Kampfweise des „Nürnberg-Anz.“ mittheilen zu wollen. So viel hat jeder unparteiisch Urtheilende hier selbst gefunden, daß es kein Schade für die „demokratische Bewegung“ ist, wenn mit solch verkommenen Demokratie gründlich aufgeräumt wird. Diese Leute möchten sich gern Demokraten heißen, haben jedoch kein demokratisches Prinzip. Unsere Partei kann nur gewinnen, wenn diese Clique sammt und sonders dahin geht, wohin sie gehört: zu den vereinigtsten Reactionären.

Wir sind hier der Ansicht, daß es gut sein dürfte, dem „Vorwärts“ über diese Vorkommnisse zu referiren. Was hier als „Volkverein“ sich Demokratie nennt, ist es keineswegs. Diese Sorte Demokraten ist nicht einmal berechtigt mitzutreten, viel weniger angreifend aufzutreten gegen eine große, thätige Partei, die sich seit ihrem kurzen Bestehen durch unerhörte Verfolgungen und Erfolge das politische Bürgerrecht erworben hat. — Wir danken für eine Republik, wie sie etwa diese Herren anstreben; ein solches Ding ist nicht werth, daß ein feiges unter Mann die Finger darum rührt.

Leipzig, 29. Juli. (Zum Kapitel: Freiheit der Wissenschaft.) Das „Leipziger Tageblatt“ bringt in Nr. 209 einen Artikel betreffend die Adresse, welche den Ausschluß von den Vorlesungen der an hiesiger Universität sich dem medizinischen Studium widmenden Damen bewirkt soll. Damit nun auch in weiteren Kreisen die Wahrheit in dieser Angelegenheit bekannt werde und das Publikum nicht durch Entstellungen, wie sie das „Tageblatt“ bringt, getäuscht werde, so gestatten Sie mir Folgendes zu bemerken. Zunächst ist zu constatiren, daß eine solche Adresse leider wirklich verfaßt und unterzeichnet wurde, welche die Vertreibung der weiblichen Studirenden der Medizin verlangt; jedoch ist zu bemerken, daß diese Adresse von einem Studentin in's Werk gesetzt wurde, der überhaupt gar nicht Mediziner ist, und außerdem unter den nach mehreren Hunderten zählenden Mediziner nur etwa 30 Unterschriften erlangte, die ebenfals nur von solchen Studenten herrührten, welche noch mit dem eigentlichen medizinischen Studium so gut wie nichts zu thun haben, d. h. nur Anatomie und Naturwissenschaften studiren; bei den Studirenden, welche die Kliniken besuchen, also die Bezeichnung „Mediziner“ mit Recht beanspruchen können, fand die Adresse keine einzige Unterschrift, wohl aber in Schrift und Wort nur Aeußerungen der verdienten Verachtung und Verpöschung. Wenn in dem betreffenden Artikel des „Tageblattes“ behauptet wird, daß den Damen die „nöthigen Vorkenntnisse, die das Studium der Medizin erfordert, abgehen“, so erinnere ich nur an die von Studirenden und Professoren der Medizin allgemein beklagte Thatsache, daß die Vorkenntnisse, welche sich die Studirenden der Medizin zu ihrem Lebensberufe aus unseren deutschen Gymnasien erwerben können, fast gleich Null sind; dies gilt insbesondere von den Naturwissenschaften, noch mehr von der Medizin selbst; somit haben die Unterzeichner der famosen Adresse gewiß sehr wenig Ursache, sich jenen Damen gegenüber auf ihre „medizinischen Vorkenntnisse“ zu freuen: dies muß in der That Jedem, der die Verhältnisse genauer kennt, mehr als lächerlich erscheinen. Wenn außerdem noch die sozialdemokratische Gesinnung einer Dame, sowie deren Unterschrift unter die Dühring'sche Adresse im „Tageblatt“ hervorgehoben wird, so muß es jedem anständigen und gebildeten Menschen nur verächtlich vorkommen, daß Dinge besprochen werden, die durchaus in keinem Zusammenhange mit der betreffenden Angelegenheit stehen, und daß sich dabei eine Gesinnung zeigt, die bestrebt ist, persönliche Denunziationen zu veröffentlichen, um zu ihrem Ziel zu gelangen. — Zur näheren Beleuchtung der ganzen Sache noch einige Worte: Es ist noch nie das Geringste beobachtet worden, was auf die Persönlichkeiten der weiblichen Studirenden ein ungünstiges Licht werfen könnte; jeder Mediziner, der, wie der Schreiber dieser Zeilen, Collegien mit denselben besucht, kann dies bezeugen; wohl aber haben sich „Studenten der Medizin“ den genannten Damen gegenüber in einer Weise betragen, die man anstandslos nicht gut beschreiben kann. — Die Adresse selbst, die fast nur Unwahrheiten und Entstellungen statt stichhaltiger Gründe enthält, macht dem Verfasser keine große Ehre; denn dieselbe ist in einem Style abgefaßt, der jedem Quinarian eines Gymnasiums die Note „ungenügend“ eingetragen hätte. Wenn es um alle „Vorkenntnisse für sein Studium“, welche der Verfasser besitzt, so bestellt ist, wie mit seinen stilistischen, so brauchen sich die weiblichen Studirenden vor einer solchen Concurrenz nicht zu fürchten. Es soll und kann Niemandem benommen werden, über das medizinische Studium der Frauen zu denken, wie er will, nur soll man persönliche und politische Verhältnisse und Ansichten nicht geltend machen, wo dieselben absolut nicht am Platze sind. — Zum Schluß möchte ich noch hervorheben, daß vor wenigen Tagen erst der Senat der Universität London mit großer Stimmenmehrheit beschlossen hat, die Frauen zum Besuch der Vorlesungen aller Fakultäten zuzulassen, nachdem die medizinische schon seit mehreren Jahren mit dem Beispiel vorausgegangen war; in der Schweiz und in Nordamerika ist den Frauen ebenfalls schon seit Jahren das medizinische Studium ermöglicht und selbst in Rußland ist in neuester Zeit eine besondere Fakultät für die Ausbildung weiblicher Aerzte gegründet worden.

Ein Mediziner.

Öffentliche Quittung.

Seit dem 15. Juli habe ich erhalten:

a) Agitationsfonds.

Kellinghusen d. F. Dertel 5,00; Neumünster d. D. Rix 8,00; Goldap v. Szymmat 0,70; Rendsburg d. A. G. Vohmann 10,00; Elmshorn d. D. Popp 6,00; Kiel d. F. Walthar 24,00; Gaarden do. 2,50; Binneberg d. Schmalfeldt 4,00; M. von Traubenblüthe 10,00; Leipzig von mehreren d. Hüblich 4,30; Rothenburgsdort v. W. B. d. Grabbert 3,00; Schleswig d. J. Baujann 3,00.

b) Unterstützungsfonds.

Hamburg v. Thier's Werkstelle d. Blume 1,70; do. v. E. Frey 1,80; do. Lusttour der Tischler d. Döhrer 22,52; do. Lusttour der Arbeitsleute d. Schmidt 9,12; do. Lusttour der Klipper d. Rath 24,78; do. Lusttour der Töpfer d. Klaus 16,00; do. von A. 6,20; do. F. Löding 13,10; do. d. Ragel Lusttour von Elmshorn 56,82; Mittweida d. Ed. Fims 3,60; Lübeck d. Hartmann vom Fest 34,50; Reutlingen d. Carl Starck 6,41; Striegan d. D. Richter von einer Gesellschaft auf der Lüneburg 1,50; Mannheim Stiftungsfest der Schumacher durch Lüneburg 3,00; Ottenfen v. Kölling's Cig.-F. d. Hohnsen 3,12; do. d. Herold vom Fest im Schützenhof 8,00; Elberfeld d. F. Hüttenberger 3,80; Uchim d. Gottschew 3,30; Wismar d. W. J. 1,00; Glauch d. Wittke 2436 v. Schwarzwerder 0,75; do. Liste 2438 0,85; Stuttgart v. F. Frey 6,00; Altenburg i. S.-A. von Buchdruckern d. Albin M. Bay 16,06; Rothwang d. Roggenbauch

0,40; Leipzig d. Hüblich von mehreren 98,74; Baden-Baden d. J. Ruffers 1,30; Braunschweig d. Richard Schulze 3,00; Oberlungwitz von einem Gefinnungsfreund 0,50; da. vom Spaziergang nach Ursprung 3,10; Ludwig v. Werno 0,50; Harburg d. D. Steffens vom Volksfest 18,52.

c) Wahlfonds.

Hamburg von Schimmel's Cig.-Fab. f. d. Hoffmann 2,52.

Hamburg, 1. August 1877.

August Geib, Rößlingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. Sch. in Linz: Der Artikel behandelt ein Thema, welches in längeren oder kürzeren Ausfassungen fast in jeder Nummer des „Vorwärts“ erörtert wird; er ist außerdem auch viel zu lang gehalten. — H. in Berlin: Au! Der rothe Auzst.

der Expedition. C. Henze London: Wenden Sie sich an die Redaktion der „Piper“ direkt nach Stockholm. Sie wird der Post daselbst schon bekannt sein.

Quittung. Arbeiter-Vereine Kiel Ann. 2,00. Arbeiterwahlverein Bochum Ann. 0,80. Sieber's Limm Ann. 0,60. Schüt Düsseldorf Ann. 1,50. Herbst Ottenfen Ann. 20,00. Stifffs Harburg Ann. 2,40. J. Ost Mainz Ab. 54,05. Sch. 0,86. Schilling Siege Ab. 6,05. Sbrt Cassel Ab. 12,00. Franz Frankenthal Ab. 7,70. Oittrich Stuttgart Ab. 5,40. Bis hier Ab. 1,20. Sch hier Ab. 6,30. J. Franz Jägerndorf Schr. 5,00. J. Klein Schmidlin Ab. 3,50. D. Schür Dresden Schr. 3,88. H. Kersch Newport Ab. 79,99. Kreis Erfurt Schr. 0,30.

Herr Bäcker in Dresden wird ersucht, mir freundlichst nochmals seine Adresse zukommen zu lassen.

R. Böllner.

Düsseldorf. Sonntag, den 12. Aug., Nachmittags 4 Uhr: Großes Arbeiter-Volkfest

im Tivoli. Concert, Festrede, Vorträge u. Volk. — Entrée 25 Pf., Damen frei, Herren, die am Ball theilnehmen, zahlen 50 Pf. extra. (R 80) Das Festcomité. [180]

Frankfurt a. M. u. Umgegend. Allen Bewohnern zur Nachricht:

das Wochen- und Monats-Abonnement auf alle sozialistischen Zeitungen: „Vorwärts“, „Neue Welt“, „Rundschau“, „Rothe Fahne“, „Berliner Freie Presse“, „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, „Volkfreund“ u. s. w. zu jeder Tageszeit angenommen und pünktlich besorgt werden. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß bei mir Aufträge auf Drucksachen aller Art, z. B. Adressblätter, Visitenkarten, Rechnungen, Circulars u. s. w. angenommen werden. Alle Drucksachen werden billig und nach Wunsch schnell und bestens besorgt.

W. Kuske, Al. Eichenheimerstraße 45.

NB. Den geehrten Abonnenten des „Vorwärts“ zur Nachricht, daß das Abonnementgeld Montag, den 6. August, erhoben wird. [130]

Halle. Sozialdemokratischer Arbeiter-Verein.

Dienstag, 7. August, Abends 8 Uhr, gr. Wallstraße 24: Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Kapital und Arbeit. Referent H. Ködiger. Neue Mitglieder werden aufgenommen. (R. 166)

Der Vorstand.

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Dienstag, den 7. August, Abends 8 1/2 Uhr, bei Hrn. Häbner, gr. Rosenstraße 37:

Große öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag über das Kleinhandwerk und die Großindustrie. G. Klaus. [70]

Leipzig u. Umgegend. Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, Versammlung bei J. Renzel, Täubchenweg und Kurze-straßen-Ecke. [50]

Jeden Sonnabend Aufnahme neuer Mitglieder.

Wahlkreis Salze-Mischerleben. Am 12. August soll eine Conferenz stattfinden.

Ich ersuche daher, mir aus jedem Orte dieses Kreises die Adresse eines Gefinnungsgenossen, der offen unsere Sache vertritt, zukommen zu lassen. (26) (R. 210) [50]

Leopoldshall b. Staßfurt. C. Bösch, Karlsstr. 2.

Hiermit bringe ich den auswärtigen sowie hiesigen Gefinnungsgenossen mein

Gast- und Logirhaus

in gütiger Erinnerung. Achtungsvoll C. Meins, Altona, 1,50] (36)

Ein durch politische Maßregelungen ruhrter, kaufmann, gebildeter Geschäftsmann, mit technischen Kenntnissen und einigem Vermögen, sucht mit in gleicher Lage befindl. Partnern bez. Errichtung einer Produktiv-Gesellschaft in Verbindung zu treten, resp. sonstige Unterkauf. Gest. Offerten an die Expedition des „Vorwärts“. (2a) [1,50]

Durch uns ist zu beziehen:

Auszug aus den gesetzlichen Bestimmungen über die Landtagswahl. Preis pr. Expl. 10 Pf.

Schlesinger, Max, Eine Reise nach Utopien. Preis pr. Expl. 10 Pf. Expedition des „Vorwärts“.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk.

Abonnementspreis vierteljährlich M. 1,20. In Heften (3 Wochen-Nummern enthaltend) à 30 Pf.

Inhalt der Nr. 31 (8. August 1877): Baters Liebling. Von F. Klein (Schluß). — Ueber Vungenkrankheiten. Von H. Sch. (Mit Illustrationen). — Emil Adolf Kohnmüller. (Schluß). — Ein neuer Feind. Von Hugo Sturm. (Mit Illustration). — Instinkt, Lebenskraft und Vererbung. Von Dr. A. Douai. — Kleinere Mittheilungen: „Erlauben Sie gütigst“ (Illustration). — Eine Vorlesung des Telegraphenverkehrs und ein Vorläufer des elektrischen Telegraphen. — Räthsel. — Briefkasten.

Die Expedition. Fürberstr. 12 in Leipzig.

Bekanntmachung.

Der vormalige Redakteur des „Volksstaats“ Herr Hermann Rindt und der Schlußmann Herr Johann Friedrich Wilhelm Leuchte gen. Adam sind wegen der in Nr. 109 des „Volksstaats“ vom Jahre 1876, und zwar in dem „zur Behandlung politischer Verbrechen“ überschriebenen Artikel enthaltenen Beleidigungen von Aufsicht- und Verwaltungsbearbeiter des königlichen Kreisgerichts Rumburg auf Grund der §§ 185, 186 und 73 des Reichsstrafgesetzbuchs, sowie § 20 des Reichspreßgesetzes ein Jeder zu sechs Wochen Gefängniß und Tragung der Hälfte der Untersuchungskosten rechtskräftig verurtheilt worden, was in Gemäßheit des § 200, Abs. 2 des Reichsstrafgesetzbuchs hiermit bekannt gemacht wird.

Leipzig, den 31. Juli 1877.

Königliches Gerichtsam im Bezirksgericht, Abtheilung für Strafsachen.

Dieler.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heßig in Reudnitz-Leipzig.

Redaktion und Expedition: Fürberstraße 12/II in Leipzig.

Druck und Verlag des „Volksstaats“-Verlags in Leipzig.